Nr. 50 — 21. Jahrg. — Mittwoch, 1. März 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich 24 M, zweimonatlich 16 M, monatlich 8 M frei Haus. Einzelnummer 60 ₰. Die Sächsische Volkszeitung erscheint sechsmal wöchentlich. — Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. Anzeigenpreis für Vereine 3,60 Familienanzeigen 2,75 für Vereine 2,50 die Reklamezeile 30 mm breit 9,—. Offertengebühr für Selbstabholer 1,—, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. — Für undeutlich geschriebene sowie auch telephonisch aufgegebene Anzeigen können wir die verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen. Annahme in Dresden: Schmidt'sche Buchhandl., Inh. G. Beck, Schloßstr. 6, in Bautzen Franz Kurtat a. d. Petritirche 4

Tagesschau

Auf der thüringischen Beamtentagung erklärte der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, daß die Beamten das Streikrecht nur als Existenzkampf, nicht aber als Wirtschaftskampf beanspruchen könnten und daß das Vertragsverhältnis mit dem Reiche augenblicklich gelöst wird, wenn der Beamte von dem letzteren Falle Gebrauch macht.

Die städtischen Arbeiter und Angestellten Berlins haben neue Lohnforderungen in Höhe von 1 Million Mark, rückwirkend vom 1. Januar ab, gestellt.

Der englische Generalstaatsanwalt erklärte, daß ein vom Obersten Rat eingesetzter Juristenausschuß bei der Untersuchung über die Leipziger Verhandlungen gegen die Kriegsverbrecher berichtet habe, daß in einigen Fällen Freispruch erfolgte, in denen man hätte verurteilen müssen. Die deutsche Regierung habe in diesen Fällen die Wiederverhaftung der Beschuldigten angeordnet. Ueber diese Wiederverhaftung liegt bis jetzt noch keine Nachricht vor.

Die „Deutsche Zeitung" läßt sich melden, daß in Berlin in zwei kommunistischen Beratungen ein am 9. März plötzlich ausbrechender Generalstreik beschlossen worden sei.

Am Schlusse des Frankfurter sozialistischen Fünfländerkongresses wurde bezüglich der Reparationen beschlossen: Deutschland ist von den nächsten Zahlungen Frankreich und Belgien gegenüber zu befreien, die Wiedergutmachung ist ohne die Verelendung des deutschen Proletariats durchzuführen.

Aschermittwoch — Fastenzeit

Am Sonntag Quinquagesima, den Sonntag vor Beginn der Buß- und Fastenzeit, verkündet uns die Kirche das gewaltige Lied des Apostels Paulus auf die Liebe: „Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung und Liebe, diese drei; das größte aber unter ihnen ist die Liebe." In wuchtigen Worten hebt der Völkerapostel den Korinthern den Wert und die Eigenschaften der Liebe hervor. Alle Gnadengaben, sagt er, sind wertlos ohne die Liebe. Sie übertrifft alle natürlichen und übernatürlichen Gaben. Gnade ist Liebe, Liebe aber ist Leben.

Die Buß- und Fastenzeit ladet uns nun ein, das bittere blutige Leiden und Sterben Jesu zu betrachten und anzubeten. Sie verkündet uns die unendliche Liebe Jesu zu uns, denn aus Liebe zur Menschheit ist er in den Tod gegangen, hat alle Schmach und alle Leiden ausgekostet. Das Vermächtnis Jesu an die Menschen aller Zeiten und Zonen mit besonders heute so wuchtig wie nie zuvor: „Daran soll man erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr euch untereinander liebet!"

Die Liebe ist das Siegel eines jeden echten Christen, eines jeden wahren Katholiken. Wie ergreifend sagt es uns der heilige Paulus:

„Wenn ich mit den Zungen der Menschen und Engel rede, aber die Liebe nicht habe, bin ich wie tönendes Erz oder eine klingende Schelle. Und wenn ich die Gabe der Weissagung habe und alle Geheimnisse und alle Wissenschaft kenne, und wenn ich allen Glauben habe, so daß ich Berge versetzen könnte, die Liebe aber nicht habe, so bin ich nichts. Und wenn ich alle meine Habe zur Speisung der Armen austeile, und wenn ich mein Leben hingebe, auf daß ich verbrannt werde, die Liebe aber nicht habe, so nützt es mir nichts. Die Liebe ist langmütig, ist gütig, die Liebe eifert nicht, sie handelt nicht unbescheiden, sie bläht sich nicht auf, sie ist nicht ehrsüchtig, sucht nicht das ihrige, sie läßt sich nicht erbittern, sie rechnet das Böse nicht an, sie freut sich nicht über Ungerechtigkeit, sie freut sich aber mit der Wahrheit; alles erträgt sie, alles glaubt sie, alles hofft sie, alles übersteht sie. Die Liebe höret nimmer auf, wenn auch die Weissagungen abgetan werden oder die Sprachen ein Ende nehmen oder die Erkenntnis vergeht."

Fürwahr, all die Erdennot von heute, der Haß unter den Völkern, unter den einzelnen Ständen, der Klassen- und Rassenhaß, die Teuerung, das Wucher- und Schiebertum wäre nicht, wenn wir das königliche Gebot der Liebe befolgten und damit zeigten, daß wir wirklich Katholiken und Christen sind.

Die Welt geht zugrunde aus Mangel an Liebe. Das göttliche Gebot der Brüderlichkeit, wo finden wir es denn erfüllt? Bei den Liberalen, bei den Freidenkern, bei den Sozialisten? Wo ist die Brüderlichkeit unter den Christen? Egoismus hier wie dort. Die hingebende, aufopfernde Liebe fehlt unserer Welt. Sie fehlt im Familienleben, fehlt im Erwerbsleben, fehlt im öffentlichen Leben. Das goldene Kalb wird verehrt sowohl in der Fabrikstube wie in den Wohnungen der Städter. Der Egoismus triumphiert, jedes sucht seine eigenen Interessen und nur diese.

Die tiefe Kluft, die heute die Menschen trennt, das ungeheure soziale Elend wäre nie und nimmer, wenn den Menschen nicht eines abhanden gekommen wäre: die Liebe. Da gehen sie aneinander vorbei, der Fall des einen wird der Schemel des anderen, rücksichts- und erbarmungslos strebt man seinem eigenen Vorteil zu, überall trifft man das „Ich". Dieses „Ich" ist der Fluch der Menschheit. Alles wird vergebens sein, alle Reformen werden ihren Zweck verfehlen ohne Abkehr vom Prinzip des „Ich". Vergebens werden wir den inneren, den religiösen, den sozialen, den politischen und den Menschheitsfrieden fordern, wenn wir weiter in unseren Nebenmenschen nur das Mittel unserer eigenen Zwecke sehen, im Atheisten nur den Atheisten, im Proletarier nur den Proletarier, im Konservativen oder Revolutionär nur den politischen Gegner. Nur wenn das „Du" das „Ich" besiegt, wird es wieder besser werden, erst dann, wenn wir uns voll bewußt geworden sind, daß dem Leben doch ein höherer Zweck zugrunde liegt, als nur das Ringen nach äußeren Gütern.

Nach der achtjährigen Periode des Hasses muß die tausendjährige der Liebe kommen. Zehn Millionen blühende Menschenleben und zwanzig Millionen Kranke und Siche aus der Hölle des Weltkrieges, Bäche von Tränen aus den Augen von Millionen gequälter Väter und Mütter, Frauen und Kinder, Millionen in Not und Elend schreien nach Liebe.

Kultur, Zivilisation, Menschlichkeit, alles ist nichts als „tönendes Erz" und „klingende Schelle" ohne die Liebe, wie der Apostel richtig sagt. Wir müssen darum wieder Liebe schaffen in der Welt und diese Liebe wird den Geist von heute niederringen. Klassengeist oben und unten, Standesvorurteile, Rassenverschiedenheiten, Parteihader, Mammonismus — die Liebe muß sie überwinden, und dann wird, wo Liebe, auch Friede sein.

Am Aschermittwoch ruft die Kirche ihre Kinder zu den Altären, weiht Asche, streut sie aufs Haupt der Gläubigen mit den Worten: „Gedenke, o Mensch, daß du Staub bist und zu Staub wirst!" Seid bereit! Das ist die Lehre, die uns die Kirche mitgibt für die Fastenzeit. Diese selbst aber soll die Zeit der Reue, der Buße und des Vorsatzes sein, mitzuhelfen an der Weterlösung durch die Liebe!

Aus dem Ausland

Beginn der Vorkonferenz am 3. März

Paris, 28. Februar. Nach Londoner Meldungen soll die Vorkonferenz der Sachverständigen für die Vorbereitungen der Konferenz von Genua am 3. März in London zusammentreten. Die endgültige Festsetzung des Datums hängt aber noch von der Zustimmung der italienischen, belgischen und japanischen Regierung ab.

Amerika wartet weiter ab

Paris, 28. Februar. Nach einer Meldung des Associated Preß aus Washington wird die Vertagung der Konferenz von Genua keinen Einfluß auf die Entscheidung der Vereinigten Staaten ausüben, es sei denn, daß diese Vertagung den europäischen Nationen Zeit gibt, ihre Angelegenheiten zu ordnen, und zwar noch vor Beginn der Konferenz.

Polnischer Vorstoß in Genf

Genf, 28. Februar. Die polnische Delegation bei der deutsch-polnischen Konferenz hat durch ein sehr auffälliges Vorgehen einen Zwischenfall geschaffen, der nicht gerade von gutem Gewissen zeugt. Während bisher jede öffentliche Erörterung der auf der Konferenz noch zu behandelnden Fragen auf Wunsch des Präsidenten Calonder vermieden wurde, hat die polnische Delegation im „Journal de Genève" eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie es als selbstverständlich hinstellt, daß die deutschen Güter in Polnisch-Oberschlesien ebenso wie auf dem übrigen Gebiete der Republik Polen liquidiert werden könnten. Das Vorgehen der polnischen Delegation ist noch auffälliger dadurch, daß die Rechtslage offensichtlich ganz falsch dargestellt wird, weil nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages das Liquidationsrecht auf Oberschlesien überhaupt nicht anwendbar ist. Weiter wird aber die polnische Rechtsauffassung dadurch hinfällig, daß nach der Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Teilung Oberschlesiens die Liquidation für die oberschlesische Industrie überhaupt für 15 Jahre unmöglich ist. Jedenfalls also handelt es sich um ein Gebiet, das in den Rahmen der deutsch-polnischen Konferenz hineingehört.

Das neue Sachleistungssystem

Verhandlungen im Reichskabinett

Berlin, 28. Februar. (E. D.) Das Reichskabinett befaßte sich am Dienstag vormittag mit dem Abkommen über das neue Sachleistungssystem.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission

Berlin, 28. Februar. Die Verhandlungen, die in den letzten zwei Wochen zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Vertretern der Reparationskommission über die Durchführung der Sachlieferungen geführt worden sind, haben gestern zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Es ist ein Abkommen festgelegt worden, daß der deutschen Regierung und der Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt worden ist.

Schlimme Folgen der Neuregelung

Berlin, 28. Februar. Aus eingeweihten Kreisen wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger" über die Neuregelung der Sachleistungen u. a. mitgeteilt: „Das Abkommen dürfte für Deutschland geradezu unheilvolle Folgen haben müssen. Wenn früher Mitglieder der Ententestaaten in Deutschland Einkäufe machten, mußten sie in Devisen bezahlen. Jetzt fällt das fort. Die Industrie erhält keine Devisen mehr, die das Reich aber zur Bezahlung der Reparationen nötig hat. Außerdem werden die Angehörigen der Feindbundstaaten in die Lage versetzt, Waren, die sie geliefert erhalten, wieder auszuführen. Sie haben also die Möglichkeit, uns in Staaten, in die wir bisher ausführten, Konkurrenz zu machen. Voraussichtlich dürfte das Abkommen für ein Jahr geschlossen sein; aber man braucht wohl nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß die Entente von Jahr zu Jahr die Erneuerung fordern wird. Wenn man die Goldmark in Papiergeld umwandelt, so ist leicht festzustellen, daß durch dieses Abkommen Zweidrittel bis Dreiviertel unseres bisherigen Exportes aufgesogen werden. Daß unser Wirtschaftsleben einen derartigen Aderlaß nicht lange ertragen kann, bedarf keiner besonderen Begründung. Es fragt sich außerdem, wie die Linke das Abkommen aufnehmen wird; denn die erste Voraussetzung dafür wäre die Beseitigung des Achtstundentages!"

Die Aufteilung der Reparationssumme

London, 28. Februar. Der „Times" schreibt: Das System der provisorischen Zahlungsfrist für die Zahlungen vom 15. Januar und 15. Februar, die Deutschland gewährt wurde, werde so lange dauern, bis die Reparationskommission einen Beschluß über die Denkschrift Wirths gefaßt habe. Die Reparationskommission werde den Zahlungsplan aufstellen, ebenso die Garantien, denen das Moratorium untergeordnet sein werde. Aber diese Beschlüsse werden erst gefaßt werden, wenn die alliierten Finanzminister ein Abkommenm über die Aufteilung der Reparationssumme getroffen haben werden, sowie über die Besatzungskosten und das Wiesbadener Abkommen.

Heute wird eine neue Rate der deutschen Reparationszahlungen fällig. Die erforderliche Summe von 31 Millionen Goldmark ist, wie an unterrichteter Seite mitgeteilt wird, schon bereitgestellt.

Blätterstimmen zum neuen Sachleistungssystem

Berlin, 28. Februar. Die „Zeit" bemerkt, daß nach sachverständiger Ansicht die deutsche Industrie nicht entfernt imstande sei, für zwei Milliarden Goldmark im laufenden Jahre Waren zu liefern.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Wir haben wiederholt auf die Tragweite dieser Neugestaltung der Sachleistungen hingewiesen. Eine endgültige Stellungnahme wird erst nach Bekanntgabe des genauen Inhaltes des Abkommens möglich sein.

Die „Rote Fahne" bemerkt: Es ist klar, was diese Neuregelung für das Proletariat Deutschlands bedeutet: Das Reparationsgeschäft soll vollständig der Kontrolle der Arbeiterschaft entzogen werden, und die deutschen Kapitalisten sollen [illegible] für ihre Lieferungen bekommen.

*

Die Zwangsanleihe

Berlin, 28. Februar. Ueber den Stand der Verhandlungen über die Zwangsanleihe wird halbamtlich folgende Mitteilung verbreitet: „Die Beratungen über die Schaffung und Ausgabe einer Zwangsanleihe, die im Reichsfinanzministerium in der letzten Woche stattgefunden haben, sind jetzt so weit fortgeschritten, daß Sachverständige aus Bankkreisen, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Arbeiterschaft gehört werden können. Zum Teil ist das schon geschehen. Binnen kurzem werden die Vernehmungen der Sachverständigen fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden können. Ueber den bisher vorliegenden Plan muß aus naheliegenden Gründen Stillschweigen bewahrt werden; doch steht so viel fest, daß die Zwangsanleihe ein Opfer des Besitzes sein wird."

Das Kreuz der Ehrenlegion für polnische Offiziere

Warschau, 28. Februar. Der neue Chef der französischen Militärmission in Warschau, General Dupont, hat als Nachfolger des nach Frankreich zurückberufenen Generals Niessel die Amtsgeschäfte übernommen. Er dekorierte in den ersten Tagen seiner Anwesenheit mehrere polnische Offiziere mit dem Kreuz der Ehrenlegion.

Deutsches Reich

Deutsche Vorbereitungen für die Konferenz von Genua

Berlin, 28. Februar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, tritt der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den deutschen Vorbereitungen für die Verhandlungen der Konferenz von Genua zu beschäftigen.

Ulitzka geht nach Genf

Berlin, 28. Februar. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Pfarrer Ulitzka nach Berlin berufen worden, von wo er sich zu den Verhandlungen nach Genf begeben wird.

Senator Petersen über Erfüllungspflicht

München, 27. Februar. (E. E.) Der Führer der Demokratischen Partei im Reiche, Senator Petersen, sprach gestern in München über nationale Politik und führte dabei aus, daß sich der Deutsche trotz des Parteiwesens zuerst als Deutscher fühlen und danach handeln müsse. Eine nationale Politik sei heute mehr als je notwendig unter dem Eindruck der Schuldlüge, die Deutschland vor der ganzen Welt verantwortlich mache. Der Friedensvertrag habe uns die Zukunft zwangsläufig vorgeschrieben und in solcher Zeit gehe es nicht an, Parteipolitik höher zu stellen als nationale Politik. Die Frage der Erfüllung lösen nur dadurch gelöst werden, daß wir durch den Versuch der Erfüllung ihre Unmöglichkeit beweisen.

Verständigung mit dem Reparationsausschuß

Berlin, 27. Februar. Die Verhandlungen mit dem Reparationsausschuß, die auf deutscher Seite unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Geheimen Rat Cuntze vom Wiederaufbauministerium und auf der Gegenseite unter dem Vorsitz des Belgiers Benelmann geführt wurden, haben eine Verständigung der deutschen Vertreter mit dem Reparationsausschuß angebahnt. Sie wurden am Montag zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Die Vertreter der Entente haben sich zur Entgegennahme weiterer Instruktionen nach Paris begeben. Die getroffene Vereinbarung wird dem Reichskabinett vorgelegt werden und erst nach Prüfung durch dieses zur Veröffentlichung kommen. Da Reichskanzler Dr. Wirth vorläufig noch in Freiburg weilt, dürfte die Veröffentlichung nicht vor Mittwoch erfolgen. Der zu erwartende amtliche Bericht wird auch auf den materiellen Inhalt des neuen Sachleistungsplanes eingehen, über den nach Ansicht zuständiger Stellen in der Oeffentlichkeit vielfach unzutreffende Kombinationen verbreitet sind.

SLUB
Wir führen Wissen.